

«DER BUND»: BERN

Politik erobert die Fankurve

Fussballfans haben das Referendum gegen das Hooligan-Gesetz ergriffen – sie fürchten unter anderem falsche Beschuldigungen

Weil das Gesetz gegen Hooligans «quasi fanpolitisch» ist, wird es von Fans bekämpft – fast ohne Unterstützung politischer Parteien. Zu den Referendumsführern gehört Adrian Werren, YB-Anhänger und Bahnbetriebsdisponent.

«Wegen 500 bis 1000 Leuten, die im Umfeld von Sportveranstaltungen Stunk machen, wird das Gesetz für innere Sicherheit verschärft – das ist übertrieben.» Adrian Werren redet von den Massnahmen gegen Hooliganismus, die im März von den eidgenössischen Räten verabschiedet wurden und unter anderem eine Datenbank vorsehen, in der notorisch gewaltbereite Fans erfasst werden sollen (siehe Kasten). Die Gesetzesänderung geht dem Sprecher von «Gäubschwarzsüchtig», dem Dachverband der YB-Fanclubs, zu weit – wie auch einigen anderen Fussball- und Eishockeyfans anderer Städte: In einem losen Verbund haben sie das Referendum ergriffen. Nun sammelt der 27-jährige Bahnbetriebsdisponent aus Unterseen während der Meisterschaftsspiele im Wankdorf zusammen mit seinen Mitstreitern Unterschriften.



Feiern statt feuern, wie hier im Stade de Suisse.
/ key

«In der Kurve Politik machen»

Er sei zwar politisch interessiert, «aktiv war ich aber bisher nicht». Das ist für die ungewöhnliche Gruppe der Referendumsführer typisch: Auf ihrer Internetseite listen sie diverse Fanclubs auf, die das Anliegen unterstützen; da finden sich etwa die «Muttenserkerve Basel», die «Sektion Uruguay Zürich»; von Seiten der SCB-Fans ist der streitbare Fanclub «Bäregrabe» dabei. Sprecher der Referendumsführer ist der 20-jährige HSG-Student Ruben Schönenberger von «1879 Dachverband St. Gallen». Die Idee des Referendums sei «gleichzeitig an mehreren Orten» entstanden, berichtet er, die Unterschriftensammlung verlaufe entsprechend «dezentral». In der Regel bemühe sich der grösste Teil der Fans, «Politik nicht in das Stadion hereinzubringen». Nun stehe aber eine Gesetzesänderung zur Diskussion, «welche die Fans direkt betrifft – das ist quasi fanpolitisch». Aus diesem Grund sei «die Zeit gekommen, in der Kurve Politik zu machen». Bis spätestens am 13. Juli müssen die 50 000 Unterschriften beisammen sein. Wie viele bereits gesammelt sind, weiss Schönenberger nicht. Allerdings habe er am letzten Spiel «innert einer Stunde 200 Unterschriften gesammelt».

Unter den Fanclubs, die das Referendum unterstützten, gebe es durchaus solche, die ab und zu «mit dem Feuer spielen», sich nicht konsequent gegen Gewalt in Stadien stellen, sagt ein profunder Kenner der schweizerischen Fanszene. Werren hält dagegen: «Natürlich wollen auch wir keine Hooligans», sagt er, das wolle niemand. Doch die vorgesehenen Massnahmen seien «rein repressiv – es gibt nichts Präventives». Ausserdem würden Grundrechte verletzt. So genüge unter Umständen die Aussage eines Sicherheitsbeauftragten im Stadion für einen Eintrag in die Datenbank. Dabei werde «die Beweislast umgekehrt», so Werren: «Man muss beweisen, dass man nichts gemacht hat, und nicht umgekehrt.» In Deutschland, wo eine entsprechende Datenbank schon bestehe, gebe es «sehr viele negative Beispiele» falscher Einträge. Als Beispiel nennt Werren den Fall eines Fans, «der bei einem Auswärtsspiel einen Aufkleber auf einem Sitz platziert hat – und der geriet wegen Sachbeschädigung in die Datenbank». Auf diese Weise würden junge Leute «wegen Kleinigkeiten kriminalisiert». Der YB-Fan beklagt in diesem Zusammenhang «die Vermischung von Hooligans und Ultras»: Engagierte Fans, die etwa vor Spielen «aufwändige Choreografien organisieren», würden mit «so genannt Gewaltbereiten» in einen Topf geworfen – dabei verfügten die Stadionbetreiber und die Polizei schon heute über ausreichend Instrumente, um gegen die Hooligans vorzugehen.

Kaum politische Unterstützung

Anstelle der verstärkten Repression wünschten sich Werren und seine Mitstreiter «vermehrt integrative Fanarbeit»; Fanprojekte, dank denen «die ganz jungen Fans, wenn sie beginnen, alleine an die Spiele zu kommen, nicht in die falsche Ecke geraten». Dazu wären aber Geld und professionelle Sozialarbeiter nötig, glaubt Werren. Er hofft denn, dank der nun angelaufenen Unterschriftensammlung wenigstens in diesem Bereich gewisse Fortschritte erreichen zu können. Denn dass das Referendum zustande kommt und allenfalls vor dem Volk gar eine Mehrheit fände, schätzt selbst Werren als eher unwahrscheinlich ein: «Die Kombination der Schlagwörter Hooligans und Sicherheit funktioniert leider.» Ohne politische Unterstützung dürfte es schwierig werden, die Unterschriften rechtzeitig beisammen zu haben. Bislang stehen erst die Jusos sowie einzelne Parlamentarier linksgrüner Parteien hinter dem Referendum, unter ihnen der Berner GPB-Stadtrat Daniele Jenni. Doch hoffen die Referendumsführer noch auf Support der Grünen: «Und wenn die helfen, kommt vielleicht auch die SP dazu», meint Werren – immerhin haben die Fraktionen dieser Parteien im Parlament mehrheitlich gegen das Gesetz gestimmt.

Tatsächlich zeichnet sich ab, dass SP und Grüne das Referendum unterstützen – allerdings «nicht prioritär», wie die Generalsekretäre der beiden Parteien unisono erklären. Mit dem Referendum gegen das Asylgesetz und weiteren schwerwiegenden Geschäften sei dieses Jahr schon reich befrachtet; für den Kampf gegen die Hooligan-Datenbank wird es weder von Grün noch von Rot «eine finanzielle oder personelle Unterstützung geben», wie wiederum beide Parteifunktionäre einhellig zu Protokoll geben.

Fanarbeit statt Sicherheitskosten

Thomas Helbling ist bei der Swiss Football League (SFL) Präsident der Sicherheits- und Fankommission. Die SFL akzeptiere, dass gegen die Gesetzesänderung das Referendum ergriffen worden sei, «das ist ein demokratisches Recht». Was die Fanarbeit betreffe, sei bereits «ein entscheidender Schritt» gemacht worden, sei doch jeder Verein verpflichtet, mit einem Fanbeauftragten den Kontakt zu den Fans, «zu allen Matchbesuchern», zu pflegen. Freilich würden auch weiter gehende Fanprojekte begrüsst, «doch das ist eine Frage des Geldes». Helbling erinnert daran, dass zum Beispiel der Grasshopper-Club Zürich jährlich über 200 000 Franken für die Behebung von Sachbeschädigungen und der FC Basel über eine Million für die Sicherheit ausgeben müssen. «Das sind Mittel, die dann anderswo fehlen.» Sicher würden alle dieses Geld «lieber für die echten Fans investieren, die sich emotional und mit Begeisterung für ihren Verein engagieren», so Helbling.

EXTRA

Gegen Gewalt bei Sportanlässen

National- und Ständerat haben Änderungen des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) beschlossen. Diese richten sich im Hinblick auf die **Fussball-EM 2008** und die Eishockey-WM 2009 gegen Gewalt bei Sportveranstaltungen. Kernstück des Gesetzes ist eine Datenbank, in der **notorisch gewaltbereite Fans** erfasst werden sollen. Diese Daten können an Veranstalter von Sportanlässen weitergegeben werden. Gegen solche **mindestens 12-jährige** Personen können Rayonverbote und Ausreisesperren verhängt werden, sie müssen sich unter Umständen einer Meldepflicht unterwerfen. Für Personen über 15 Jahren kann zudem im Extremfall ein **präventiver Polizeigewahrsam** von maximal 24 Stunden verfügt werden. Die Bestimmungen gelten befristet bis Ende 2009. (sbü)

Der Bund, Stefan Bühler [27.04.06]